

Gewerkschaft vida: Finger weg von Spendengeldern der NGOs!

Utl.: Innenministerin gefährdet wertvolle Arbeitsplätze =

Wien (OTS) - Als „unerträglich“ bezeichnet der Vorsitzende der Gewerkschaft vida, Gottfried Winkler, den Vorstoß der Innenministerin, Spendengelder von Hilfsorganisationen abzuziehen. Man stehe an der Seite all jener NGOs, die sich zu Recht mit aller Kraft gegen diese Vorgangsweise zur Wehr setzen. „Diese Hilfsorganisationen sind dort eingesprungen, wo die Regierung während der Flüchtlingssituation versagt hat. Viele warten seit Monaten auf vom Staat versprochene finanzielle Unterstützung. Gekommen ist nichts. Finanziert wird oft nur durch Spenden. Dass sich jetzt hier Ministerien bedienen wollen, kann einfach nicht wahr sein“, so Winkler.+++

Zwtl.: Spenden sichern tausende Arbeitsplätze

Mit den Spendengeldern werde auch oft das Überleben der Hilfsorganisationen gesichert, so Winkler: „Hier geht es um tausende Beschäftigte. Mit ihrem Einsatz und ihrer Arbeit finanzieren sie ihr und das Leben ihrer Familien. Diese Beschäftigten haben am Höhepunkt der Flüchtlingssituation nicht auf ihre Uhren geschaut und sind nicht einfach nach Hause gegangen. Sie sind geblieben, um zu helfen. Sie haben oft bis zur eigenen Erschöpfung Menschlichkeit, Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft gezeigt. Jetzt setzt die Regierung ihre Arbeitsplätze leichtfertig aufs Spiel. Zieht die Regierung ihre Pläne durch, würde das nämlich viele NGOs in Zahlungsschwierigkeiten bringen.“

Zwtl.: ÖsterreicherInnen spenden für Schutzsuchende, nicht Regierung

Die eiskalte Vorgehensweise des Finanzministeriums und des Innenministeriums sei ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten, ergänzt Winkler: „Sie waren und sind diejenigen, die den schutzsuchenden Kriegsflüchtlinge beigestanden sind und nicht wie die Frau Innenministerin Europa in eine Festung verwandeln wollen.“ Aufs Schärfste protestiert auch Helmut Gruber, Vorsitzender der vida Wien, gegen die Pläne der Regierung: „Wir wissen, dass ohne die NGOs die Flüchtlingsbetreuung schlicht und einfach nicht möglich gewesen wäre. Der Staat war etwa nicht in der Lage, ausreichend Betten zur

Verfügung zu stellen. Hier sind Sozialeinrichtungen eingesprungen. Abgesehen davon, dass viele nach wie vor auf von der Republik zugesagtes Geld warten, ist die Forderung in Spendentöpfe greifen zu wollen, einfach nur dreist und zutiefst unmenschlich. Die Österreicherinnen und Österreicher, die gespendet haben, haben für die Organisationen und nicht die Regierung ihre Brieffaschen geöffnet."

Die Gewerkschaft vida fordert, dass das Innenministerium von den Plänen, den NGOs Spenden abzuziehen, Abstand nimmt. „Mit den Spenden sichern die Hilfsorganisationen auch Arbeitsplätze. Es kann nicht sein, dass der Staat zuerst zugesagtes Geld nicht überweist und im Gegenzug in die Spendenboxen der NGOs greifen will“, schließt Winkler.

~

Rückfragehinweis:

Gewerkschaft vida/Öffentlichkeitsarbeit
Mag. Peter Leinfellner
Tel.: 01 53444 79-267
Mobil: 0650/36 36 399
peter.leinfellner @vida.at
www.vida.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/143/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0114 2016-03-21/13:09

211309 Mär 16

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160321_OTS0114